

Hanseatisches Oberverwaltungsgericht Bremen
Am Wall 198
28195 Bremen

vorab per FAX: 0421 / 361-4172

Sekretariat RA und Notar J. Musch:
Birgit Weißer

Unser Zeichen: 53/12M11 Ro 23. Januar 2012
D146174

K L A G E

des Beirates Mitte der Stadtgemeinde Bremen, vertreten
durch den Beiratsprecher, Herrn Michael Rüppel, Am Dobben
91, 28203 Bremen

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte: RAe. Musch und Delank, Delmen-
horster Straße 13, 27793 Wildeshausen

g e g e n

die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bun-
desminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dieser
vertreten durch den Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes,
Außenstelle Hannover, Herschelstraße 3, 30159 Hannover

- Beklagte -

w e g e n Planfeststellungsverfahren - Seehafen-Hinterland-
verkehr (SHHV), Ertüchtigung des Knotens Bremen, Bremen
Hauptbahnhof Verlängerung Gleis 1

Namens und im Auftrag nebst beiliegender Vollmacht wird Klage erhoben mit den Anträgen:

1. Der Planfeststellungsbeschluss der Beklagten, Az. 58101Pap 158/09 vom 16.12.2011 für das Vorhaben "Seehafen-Hinterlandverkehr (SHHV), Ertüchtigung des Knotens Bremen, Bremen Hauptbahnhof Verlängerung Gleis 1", KM 4,123 bis 5,747 (STR 1401) der Strecken 1401 Bremen-Sebaldsbrück - Bremen Rbf, 1500 Oldenburg - Hbf - Bremen-Hbf, 1740 Wunstorf - Bremerhaven-Seehafen, wird aufgehoben.
2. Hilfsweise wird der Planfeststellungsbeschluss insoweit aufgehoben, als die Beklagte verpflichtet ist, nach Rechtsauffassung des Gerichts über einen aktiven Lärm- und Erschütterungsschutz insbesondere im Bereich des Hauptbahnhofs zu entscheiden.

Die Klagebegründung wird in der gesetzlich vorgegebenen Frist überreicht.

Der Klage wird beigelegt der angegriffene Planfeststellungsbeschluss, die Stellungnahme des Beirates Mittes vom 03.05.2010.

Für den vorläufigen Streitwert wird ein Betrag von 10.000,00 € angenommen.

J. Musch
Rechtsanwalt

Anlagen
Vollmacht
PFB
Stellungnahme Beirat vom 03.05.2010